



AL/SG:	SG 61 - Kommunale Abfallwirtschaft
Aktenzeichen:	1761-8/4

Aichach, den 29.07.2026

Sitzungsvorlage

Drucksache:	61/007/2026	- öffentlich -
-------------	-------------	----------------

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	05.10.2026	

Betreff:

Halbjahresbericht 2026 des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft

Anlagen

--

Hinweis auf frühere Beratungen und Beschlüsse:

--

Finanzielle Auswirkungen:

1. Gesamtkosten:	
☐ Mittel stehen zur Verfügung	☐ Verwaltungshaushalt
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung	☐ Vermögenshaushalt
2. Deckungsvorschlag:	
3. Folgekosten:	
☐ Personalkosten:	
☐ Sach- und Unterhaltskosten:	
☐ Finanzierungskosten:	
☐ Sonstiges:	

Sachverhalt:

Nachfolgend wird der halbjährliche Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft für das 1. Halbjahr 2026 vorgelegt (§ 19 EBV in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Satz 2 der Satzung des Landkreises über die Anwendung bestimmter für Eigenbetriebe geltender Vorschriften in der kommunalen Abfallwirtschaft).

Der Zwischenbericht ist entsprechend der Gliederung des Wirtschaftsplanes in eine Gesamtübersicht und in die bestehenden Teilbereiche der gewerblichen Betätigung (Sammlung der Verkaufsverpackungen) und der hoheitlichen Aufgabe (Hausmüllentsorgung) aufgeteilt.

1.1 Gesamtübersicht

Folgende Feststellungen lassen sich für den Erfolgsplan insgesamt treffen:

Erträge, Umsatzerlöse

In der Gesamtbetrachtung kann festgestellt werden, dass die Umsatzerlöse im erwarteten Umfang eingingen. Die Hausmüllgebühren, die den größten Anteil an den Einnahmen stellen, gingen zum Halbjahr in einer Höhe von 3.885.528 EUR bzw. einem Anteil von 49,81 % der kalkulierten Jahressumme ein. Die gesamten Gebühreneinnahmen im ersten Halbjahr betrugen 4.359.321 EUR (48,46 % des Jahresansatzes). Hier liegt vor allem die Fraktion Grüngut gemischt mit einem Anteil von etwa 33 % hinter den geplanten Umsatzerlösen. Ferner wurden bisher keine Nebenentgelte mit den dualen Systemen abgerechnet, da die neue Vereinbarung derzeit neu verhandelt wird. Nach Verbuchung der uns zustehenden Nebenentgelten ist davon auszugehen, dass der halbjährige Planansatz nahezu exakt eintreffen wird.

Die Verwertungserlöse der erfassten Wertstoffe Altpapier, Elektroschrott, Altholz, Metallschrott, Hartplastik und Batterien liegen mit 587.875 EUR bereits bei rund 80 % des geplanten Jahresansatzes von 739.000 EUR.

Insbesondere aus dem Verkauf von Papier wurden bei einem Ansatz von insgesamt 470.000 EUR zur Jahresmitte bereits Erlöse in einem Umfang von 390.496 EUR erzielt. Dies entspricht rd. 83 % des Ansatzes. Im gewerblichen Bereich wurden Papiererlöse in Höhe von 85.909 EUR bei einem Ansatz von 103.400 EUR erzielt. Dieselbe positive Feststellung gilt dementsprechend auch für die Papiererlöse im hoheitlichen Teilbereich. Einem Ansatz von 366.600 EUR stehen dort Erlöse von 304.587 EUR gegenüber. Der Grund für die höheren Einnahmen liegt an den weiterhin hohen Vermarktungserlösen. So betrugen die durchschnittlichen Erlöse für Papier im ersten Halbjahr für die Sorte „gemischte Ballen mittlerer EUWID“ 27,69 EUR/t. Dieser Durchschnittswert ergibt sich aufgrund eines Anstiegs von zunächst 19,69 EUR/t zu Beginn des Jahres auf nunmehr 36,69 EUR/t im Juni 2026. Der genannte Durchschnittswert liegt damit deutlich über dem von Experten prognostizierten Mittelwert, welcher von uns als Ansatz im Wirtschaftsplan herangezogen wurde. Tendenziell lässt sich aktuell ein leichter Abstieg der Papierpreise erkennen. Es ist aber davon auszugehen, dass die angestrebten Jahresergebnisse erreicht werden können.

Aus dem Verkauf von Metallschrott wurden im 1. Halbjahr 106.331 EUR Erlöst. Das entspricht 62,55 % des Planansatzes von 170.000 EUR. Die Halbjahreserlöse im Metallschrottbereich liegen demnach deutlich über der Hälfte des Jahresansatzes. Der durchschnittliche Erlös 2026 liegt zur Jahreshälfte bei 291,67 EUR/t. Dieser ist minimal höher als der Halbjahreswert von 2025 mit 289,58 EUR/t. Die erfasste Menge liegt mit rd. 363 t deutlich unter dem Halbjahreswert des Vorjahres (1. Halbjahr Vorjahr: 414 t).

Aus der Vermarktung der gesammelten E-Schrott-Geräte der Gruppe 4 (Haushaltsgroßgeräte) konnten im ersten Halbjahr insgesamt 35.364 EUR Erlöst werden. Damit liegt der Wert zwar leicht unter den Halbjahreseinnahmen des Vorjahres (36.363 EUR) entspricht jedoch nahezu exakt der Hälfte des veranschlagten Jahresansatzes von 70.000 EUR.

Diese weiterhin positive Entwicklung ist in erster Linie auf die verbesserten Erlöskonditionen des

ab 01.07.2024 gültigen Vertrages über die Entsorgung und Verwertung von Elektrogroßgeräten zurückzuführen.

Wenn man den Erlösen nun den Logistik-Aufwand in Höhe von 34.663 EUR gegenüberstellt, ist die Erfassung unter wirtschaftlichen Aspekten rentabel. Sollte sich diese Situation zukünftig ändern, können wir, nach Ablauf unserer Optierung, voraussichtlich auf die kostenneutrale Sammlung des Elektroaltgeräteregisters (ear) umstellen.

Aus der Vermarktung der gesammelten E-Schrott-Geräte der Gruppe 5 (Haushaltskleingeräte) konnten 9.520 EUR Erlöst werden, dies entspricht rd. 53 % des Ansatzes in Höhe von 18.000 EUR. Für Haushaltskleingeräte ist die Entsorgung aktuell mit 15 EUR kostenpflichtig. Da wir über unseren Verwertungspartner allerdings einen kleinen Aufschlag erhalten, können für diese Geräte derzeit dennoch geringfügige Erlöse erzielt werden. Sofern man den Logistikaufwand von 20.452 EUR den Erlösen von 9.520 EUR entgegenstellt, kann festgestellt werden, dass der Erfassungskosten wesentlich höher als die Erlöse sind.

Unter Haushaltskleingeräte fallen alle Elektrogeräte mit einer Kantenlänge von bis zu 50 cm. Da diese Geräte häufiger in den privaten Haushalten vorkommen, sollte unabhängig von der wirtschaftlichen Betrachtung, eine flächendeckende Sammlung aufrechterhalten bleiben. Andernfalls besteht die Gefahr, dass viele dieser Geräte in unzulässiger Weise über die Restmülltonnen entsorgt werden. Es besteht daher die Absicht, unabhängig von der Sammlung über das Elektroaltgeräteregister (ear), weiterhin Container durch den Landkreis zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Optierungsoption gegenüber der ear –Stiftung wurde gezogen. Die erfasste Menge ist mit 238,19 t etwas höher als die Menge des Vorjahres (225,62 t).

Zum 01.01.2022 wurde die Rechtsverordnung des Landkreises Aichach-Friedberg zur Übertragung von Aufgaben der Abfallbeseitigung an die Gemeinden des Landkreises Aichach-Friedberg vom 01.05.1981 aufgehoben. Im Zuge dieser Aufhebung wurden die Fraktionen „Grüngut holzig“, „Grüngut gemischt“, „Altholz A IV“ sowie „Bauschutt Rigips/Ytong“ und „Bauschutt gemischt“ neu an den Wertstoffhöfen aufgenommen.

Nach anfänglich schwer zu schätzender Anliefermengen, zeichnet sich nun seit etwa zwei Jahren eine jährliche Durchschnittsabgabemenge der Landkreiskbürger ab.

So konnten im aktuellen Wirtschaftsjahr bei einem geplanten Erlöswert von 228.000 EUR für die genannten Bezahlfraktionen halbjährige Erlöse in Höhe von 104.085 EUR erzielt werden. Dies entspricht rd. 46 % des Planwertes. Derzeit wird lediglich in der Fraktion „Grüngut gemischt“ mit Erlösen von 29.852 EUR deutlich vom Planwert 90.000 EUR abgewichen. Gerade aufgrund der regelmäßigen Anlieferungen in den Herbstmonaten (Laub, Fallobst) wird dennoch davon ausgegangen, dass der Planwert annähernd erreicht wird.

Aus der Vermarktung von Hartplastik konnten bisher 8.314 EUR Erlöst werden. Damit wird der Gesamtansatz von 8.000 Euro bereits zum Halbjahr überschritten. Weitere geringfügige Erlöse wurden für die Verwertung von Bleibatterien in Höhe von 1.398 EUR erzielt.

Die in den Wirtschaftsplan eingestellten Umsatzerlöse in einem Umfang von 9.775.500 EUR gingen zur Jahresmitte in Höhe von 4.968.964 EUR (50,83 %) ein.

Kosten für den Betrieb der Wertstoffsammelstellen und Containerstandplätze

Die Personalkosten der Wertstoffsammelstellen werden seit der Personalübernahme von den Gemeinden zum Landkreis direkt von der Abfallwirtschaft ausgezahlt. Demnach umfassen die verbliebenen Personalkosten lediglich die Aufwendungen der Gemeinden für Reinigungs- und Winterdienstleistungen. Hier wurde der Jahresansatz von 5.000 EUR zum Halbjahr mit 1.858 EUR lediglich zu rd. 37 % ausgeschöpft.

Die Pachtzahlungen für die Grundstücke der Wertstoffsammelstellen sind von den Gemeinden zur Jahresmitte mit einem Umfang von 90.985 EUR bereits vollständig abgerufen. Aufgrund einer Neu-

regelung der vertraglichen Grundlage, werden diese nun von der Abfallwirtschaft bereits zu Beginn des Wirtschaftsjahres ausgezahlt. Bei den Betriebskosten der Wertstoffsammelstellen ist mit Aufwendungen von 48.939 EUR derzeit erst knapp ein Viertel der veranschlagten Kosten von 200.000 EUR in Anspruch genommen worden.

Der Aufwand für die Containerstandplätze ist zum Halbjahr mit einem Aufwand von 36.994 EUR zu 39,78 % erfüllt.

Personalaufwand

In den aktuellen Bericht sind die im ersten Halbjahr ausbezahlten Löhne, Gehälter und Sozialabgaben der Verwaltung in einer Höhe von 427.144 EUR eingeflossen. Dies entspricht 50,85 % des Planansatzes. Nachdem in der zweiten Jahreshälfte noch die jährliche Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) erfolgt, muss der Ansatz im nächsten Jahr höher gewählt werden. Die Überschreitung resultiert aus einer Tariflohnerhöhung sowie einer Anpassung der Beamtenbezüge.

Für die Mitarbeiter auf den Wertstoffsammelstellen wurden zur Jahresmitte insgesamt Aufwendungen für Löhne und Sozialabgaben in Höhe von 545.516 EUR oder 46,63 % des kalkulierten Jahresaufwandes (1.170.000 EUR) abgerechnet. Hier kann trotz der ausstehenden Jahressonderzahlung davon ausgegangen werden, dass der gewählte Ansatz in ausreichender Höhe gewählt wurde und voraussichtlich voll ausgeschöpft wird.

Abschreibungen

Zur Jahresmitte sind noch keine Abschreibungen gebucht. Die jährlichen Abschreibungen auf vorhandene Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden summarisch am Ende des Jahres buchhalterisch erfasst. Im Wirtschaftsjahr 2025 betrugen die Abschreibungen 200.241 EUR. Da keine größeren Baumaßnahmen geplant sind, ist davon auszugehen, dass der Ansatz für 2026 in Höhe von 200.000 EUR ausgeschöpft wird.

Verwaltungskostenersatz

Als Verwaltungskostenersatz für die Unterstützung durch die Gemeinden ist ein Aufwand in Höhe von 3.000 EUR in den Wirtschaftsplan eingestellt. Dieser ist dem hoheitlichen Bereich zugewiesen und fußt auf einem pauschalen Erstattungsbetrag von 0,10 EUR pro verkauften Müllsack. Nachdem die tatsächliche Verwaltungskostenabrechnung sinnvollerweise erst zum Ende des Wirtschaftsjahres erfolgen kann, konnte dementsprechend zum Halbjahr noch kein Aufwand berücksichtigt werden. Auf Grundlage der verkauften Vorjahresmengen ist jedoch davon auszugehen, dass die angesetzten 3.000 Euro vollumfänglich zur Auszahlung kommen werden.

Anders verhält es sich mit den Verwaltungskosten, welche dem Landkreis erstattet werden. Diese wurden zum 30.06.2026 bereits in voller Höhe für das laufende Wirtschaftsjahr abgerechnet. Der Ansatz von 200.000 EUR wurde bei tatsächlichen Kosten in Höhe von 182.158 EUR nicht vollständig ausgeschöpft. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die vom Finanzministerium veröffentlichten Personaldurchschnittskosten, welche als Berechnungsgrundlage dienen, im Jahr 2026 bisher nicht fortgeschrieben wurden. Die Abrechnung erfolgte demnach nach den Vorjahreswerten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (ohne Verwaltungskostenbeitrag) liegen mit Ausgaben in Höhe von 191.243 EUR bei 42,31 % der geplanten Jahresaufwendungen. Ursächlich für die unterplanmäßigen Aufwendungen sind allen voran Einsparungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.

Ergebnisentwicklung

Insgesamt ergibt sich zur Jahresmitte ein Verlust von 1.404.512,94 EUR. Hauptursache für die verbesserte Situation zum ursprünglichen Ansatz des Wirtschaftsplans (erwartetes Jahresdefizit in Höhe 4.207.000 EUR) ist neben noch fehlenden Abrechnungen für den Betrieb bzw. die Investitionen der Wertstoffsammelstellen und unterjähriger Abschreibungen im ersten Halbjahr, vor allem die nach wie vor gute Erlössituation im Bereich der Vermarktung von Papier und Metallschrott. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass das im Wirtschaftsplan zum Jahresende prognostizierte Defizit geringer ausfallen wird.

Im Detail lässt sich zu den einzelnen Teilbereichen Folgendes darstellen:

1.2 Gewerblicher Bereich

Die Nebenentgelte der dualen Systeme wurden von diesen für das erste Halbjahr noch nicht entrichtet (siehe Begründung auf Seite 1). Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese entsprechend dem Planansatz bis Ende des Jahres eingehen werden. Die jeweiligen Anteile der Systeme an den Nebenentgelten richten sich nach dem Marktanteil des Systems. Diese Marktanteile werden von der zentralen Stelle verbindlich festgelegt. Die dualen Systeme haben sich, ihrem jeweiligen Anteil entsprechend, an den Systemkosten zu beteiligen. Auch die veranschlagten Wertausgleichszahlungen gingen bisher nicht ein. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die dafür maßgebliche Abstimmungsvereinbarung erst am 02.07.2026 abgeschlossen wurde. Nachdem die zu entrichtenden Ausgleichszahlungen von einer Wahlentscheidung der Systeme bezüglich derer Papiervermarktung abhängig sind, kann derzeit noch keine finale Einschätzung über den planmäßigen Zahlungseingang getroffen werden. Es ist nach derzeitigem Stand jedoch damit zu rechnen, dass der Jahresansatz von 20.000 EUR deutlich überstiegen wird.

Die PPK-Mitbenutzungsentgelte für das erste Halbjahr wurden von den dualen Systemen in Höhe von 352.195, bei einem Ansatz von 700.000 EUR, zur rd. 50 % erstattet. Auf Grundlage der Abstimmungsvereinbarung tragen die dualen Systeme die Kosten für die Miterfassung der Verpackungskartonagen. Die Systeme tragen in diesem Zusammenhang für 33,5 % der gesammelten Papiermenge die Erfassungskosten von rd. 297 EUR/t.

Unser Vertragspartner bei der Papiervermarktung nimmt die statistische Erfassung im Rahmen des sog. Mengenstromnachweises vor. Für diese Aufgabe werden dem Partner monatlich festgelegte Erstattungszahlungen geleistet. Die vertraglich fixierte Monatspauschale wurde im ersten Halbjahr vollständig ausbezahlt.

Neben der Kostenpauschale für den Mengenstromnachweis erhält unser Vertragspartner der Papiererfassung auch eine Handlingspauschale für die Sortierung und Bereitstellung der Systempapiermengen. Der hierfür angesetzte Planansatz in Höhe von 37.500 EUR blieb im ersten Halbjahr unberührt. Dies ist auf den verspäteten Vertragsschluss der Abstimmungsvereinbarung vom 02.07.2026 zurückzuführen. Nach diesem ist eine Herausgabe der Systempapiermengen für das erste Halbjahr ausgeschlossen und in Folge dessen, musste kein Papier der dualen Systeme sortiert und bereitgestellt werden.

Die Verwertungserlöse für den Verkauf des gewerblichen Papieranteils liegen mit 85.909 EUR bei rd. 83 % des geplanten Jahresansatzes von 103.400 EUR (s. Ausführungen zu den Papiererlösen unter Punkt 1.1).

Die Kosten für die Erfassung des gewerblichen Papieranteils liegen mit einem Aufwand von 219.491 EUR bei 49,27 % des kalkulierten Aufwandes von 445.500 EUR. Insgesamt kann für den gewerblichen Bereich zur Jahresmitte ein Verlust in Höhe von 7.299,60 EUR verzeichnet werden. In den Wirtschaftsplan ist ein Verlust in Höhe von 12.900 EUR eingestellt.

Sofern die Verwertungspreise für Altpapier auch im zweiten Halbjahr auf dem bisherigen Niveau verbleiben, die Nebenentgelte in voller Höhe eingehen und die Wertausgleichszahlungen geleistet

werden, ist zum Jahresende davon auszugehen, dass der im Wirtschaftsplan für das Gesamtjahr prognostizierte Verlust nicht eintreten wird.

1.3 Hoheitlicher Bereich

Die Hausmüllgebühreneinnahmen wurden im ersten Halbjahr in der prognostizierten Höhe verbucht. Die Gebühreneinnahmen von 3.885.258 EUR entsprechen einem Anteil von rund 50 % der veranschlagten gesamten Hausmüllgebühren. Die ausgegebenen Müllsäcke werden von den Gemeinden erst zum Jahresende abgerechnet. Die Gebühreneinnahmen liegen somit im erwarteten Bereich. Zur Deponie Binsberg (DK II) gab es im ersten Halbjahr keine Anlieferungen (Vorjahr 138,52 t). Dementsprechend ist der Planwert von 14.000 EUR noch unangetastet. An die Deponie Steinegaden (DK I) gab es in der ersten Jahreshälfte Anlieferungen in einem Umfang von 46,64 t (Vorjahr 129,52 t), die zu Gebühreneinnahmen von 17.510 EUR führten. Dies entspricht 42,71 % des Planwertes. Es stehen auf der Aufwandsseite entsprechende Deponierungskosten in Höhe von 14.014 EUR gegenüber.

Die Erlöse aus der Vermarktung von Wertstoffen wurden bereits unter Punkt 1.1 dargestellt.

Für das erste Halbjahr wurde bisher ein Dienstleistungsentgelt in Höhe von 12.431 EUR durch das AVA KU für die Anlieferung von Gewerbemüll zur thermischen Behandlung ausgezahlt. Dies entspricht 46,04 % der geplanten Jahreseinnahmen von 27.000 EUR.

Durch Mahngebühren, Bußgelder und Erstattungen gingen Einnahmen in einem Umfang von 9.307 EUR ein (66,48 % des Ansatzes).

An Zinserträgen konnten im ersten Halbjahr 42.697 EUR erzielt werden. Das entspricht rd. 94 % des Ansatzes von 45.500 EUR. Grund hierfür ist, dass die Zinserträge nach den Laufzeiten der verschiedenen Anlagen zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Jahres gutgeschrieben werden. Eine unterjährige Abgrenzung wird nicht gebucht. Die für das Wirtschaftsjahr veranschlagten Zinserträge sollten insgesamt eingehen.

Bei den Aufwendungen für die Beschaffung der Müllgefäße und Restmüllsäcke ist der Ansatz von 146.700 EUR bei einem Aufwand von 77.719 EUR zur Jahresmitte zu rd. 53 % ausgeschöpft. Nachdem vor allem die Biotonnen in den Sommermonaten stark beansprucht und verschlissen werden, ist auch im weiteren Jahresverlauf von vermehrten Tauschvorgängen auszugehen. Der Planansatz wird voraussichtlich bis zum Jahresende erreicht werden.

Der Kostenansatz für den Hausmülltransport ist mit 1.646.068 EUR zu 45,60 % ausgeschöpft.

Die Kosten für die Restmüllbehandlung liegen zur Jahresmitte mit einem Aufwand von 1.016.317 EUR (50,82 %) leicht oberhalb des Planwertes. Dies ist vor allem auf hohe Restmüllanlieferungen zurückzuführen.

Die Verwertungskosten für den Bioabfall liegen mit 711.971 EUR (Ansatz: 1.700.000 EUR) etwas unter dem Soll (41,88 %).

Der Ansatz von 41.000 EUR für die Sperrmüllabholung an den Haushalten ist mit einem Aufwand 21.061 EUR zu 51,37 % erfüllt. Bei den Abholungen der Sperrmüllcontainer an den Wertstoffsammelstellen ist der Ansatz von 317.000 EUR mit Ist-Ausgaben von 154.724 EUR zu 48,81 % erfüllt. Die Sperrmüllabholungen aus den Haushalten sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen (1. Halbjahr 2026: 184 t; Vergleichszeitraum 2025: 214 t). Die an den Wertstoffsammelstellen angelieferten Mengen blieben hingegen im Vergleich zum Vorjahr konstant (1. Halbjahr 2026: 1249 t, Vergleichszeitraum Vorjahr: 1.244 t).

Bei der Entsorgung und Verwertung von Problemüll ist bei Aufwendungen in einem Umfang von 118.081 EUR der Planansatz erst zu rd. 40 % erfüllt. Bei der mobilen Problemüllsammmlung fielen bei einem Planansatz von 239.000 EUR für die Sammlung und die Verwertung der Problemabfälle zur Jahresmitte Aufwendungen in Höhe von 94.092 EUR an (39,37 % des Ansatzes). Im Zusam-

menhang mit der Entsorgung von Nachtspeicherheizgeräten wurde der Ansatz von 20.000 EUR bei einem Aufwand von 13.236 EUR zum Halbjahr bereits zu 66,18 % ausgeschöpft. Bei der Logistik von Altholz A IV wurde der Ansatz von 35.000 EUR zum Halbjahr mit 10.751 EUR hingegen bisher nur zu rd. 30 % erfüllt.

Für die Logistik und Verwertung des unbehandelten Altholzes ist zur Jahresmitte in diesem Zusammenhang ein Aufwand in Höhe von 123.013 EUR angefallen. Dies entspricht 61,51 % des Jahresansatzes.

Der Logistik- und Verwertungsaufwand bei den Wertstoffen von den Wertstoffsammelstellen liegt mit 872.011 EUR bei rd. 45 % des Ansatzes von 1.946.500 EUR.

Kostenpflichtige Sonderaktionen wurden in diesem Jahr noch nicht durchgeführt, weshalb in diesem Zusammenhang auch kein Aufwand angefallen ist. Im November findet die Sammlung von landwirtschaftlichen Folien in Zusammenarbeit mit dem Bayer. Bauernverband statt. Diese Sammelaktion ist zwischenzeitlich kostenneutral für die Abfallwirtschaft, weshalb kein Ansatz im Wirtschaftsplan vorgesehen wurde.

Die Entsorgungskosten für unerlaubte Ablagerungen bewegen sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Der gegenüber dem Vorjahr deutlich angehobene Ansatz von 35.000 EUR (Vorjahr 9.200 EUR) wurde mit getätigten Ausgaben in Höhe von 12.699 EUR zu 36,28 % erfüllt.

Der hoheitliche Bereich steht zur Jahresmitte bei einem Defizit von 1.397.213,34 EUR. Das für das gesamte Jahr prognostizierte Defizit von 4.194.100 EUR wird voraussichtlich aufgrund der guten Erlöse aus der Wertstoffvermarktung sowie angedachter Annahmepreisreduzierungen bei der AVA nicht in geplanter Höhe eintreten.

2. Vermögensplan

In der ersten Jahreshälfte wurden Anlageinvestitionen in Höhe von rund 70.000 EUR für Ertüchtigungen der Sammelstellen Aichach, Friedberg und Merching getätigt. Im zweiten Halbjahr werden weitere Investitionskosten in Höhe von rd. 50.000 EUR für die Pflanz- und Restarbeiten an der Sammelstelle Pöttmes sowie eine Überdachung auf der Sammelstelle Friedberg anfallen. Des Weiteren ist nicht auszuschließen, dass zusätzliche Investitionen für Planungskosten der Sammelstellen Kissing und Mering entstehen.

Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, dass die geplanten Gesamtinvestitionen von 2.900.000 EUR nicht vollumfänglich getätigt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie nimmt den Halbjahresbericht 2026 des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft zur Kenntnis.

Matthias Lesti